

## Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie – Wie weiter?

1. **Evolutionäres Dokument in revolutionären Zeiten:** Die NSS lebt noch vom Eindruck des Geschehenen, nicht von der Ambition die Zukunft deutscher Sicherheit gestalten zu wollen. Das Dokument enthält keine Lücken, aber bleibt weitestgehend im Ungefähren. Der Sprung aus der Extrapolation einzelner vorhandener Stränge ministerieller Politiken in die Revolution (Zeitenwende) und integrierte Sicherheit, ist nicht gelungen. Prozessansatz, Zeit und Umstände haben zwar nicht mehr erwarten lassen. Doch für Deutschlands Partner zählt das Ergebnis als Ausweis des Standes der Zeitenwende, nicht der Prozess.
2. **Die Strategie ist, was das Land nun daraus macht:** Kritik wird diese Strategie nicht mehr ändern. Es gilt nun die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl und zur nächsten NSS zu nutzen, um die wesentlichen Defizite deutscher Sicherheitspolitik anzugehen. Die Strategie ist nur ein Ausweis für ebendiese Defizite, kein eigenständiges Problem, aber auch keine Lösung. Die Defizite bestehen in drei Bereichen:
  - a. Politische Konzepte (sicherheitspolitische Kultur),
  - b. Institutionalisierung (Nationaler Sicherheitsrat),
  - c. Ressourcenausstattung (Finanzierung der Sicherheitspolitik).
3. **Sicherheit ins Zentrum rücken (sicherheitspolitische Kultur):** Die NSS ist verbunden mit einem Gesprächsangebot der Bundesregierung. Dies kann die Gelegenheit sein, die politischen Konzepte und Alternativen in der Sicherheitspolitik klarer zu machen – das öffentliche Verständnis zu erhöhen, was weitgehend Konsens und Priorität ist, und worüber gestritten werden muss. Es gibt in der Fachdebatte wenige Wissensdefizite. Diese liegen höchstens in der Vernetzung der Wissensbereiche und an der Schnittstelle von Evidenz und politischen Lösungen von Dilemmata. Doch von außerhalb des politischen Betriebes vorgetragene Evidenzen, Plausibilitäten und daraus resultierende Handlungsoptionen werden von Teilen der Politik bisweilen als einschränkend empfunden. Wenn Sicherheit wirklich eine zentrale Rolle für Deutschland einnehmen soll, dann sind drei Dinge für den öffentlichen Diskurs von zentraler Bedeutung:
  - a. **Die eigene Ambition erklären:** Im öffentlichen Diskurs haben Beschreibungen davon, wie sich Deutschland seine Rolle in der Welt vorstellt (Zivilmacht, Anlehnungsmacht, Mittelmacht) geholfen, das übergeordnete Ziel des Handelns und die Art und Weise zu charakterisieren und zu legitimieren. Diese Selbstbeschreibung mag in Zeiten des Krieges schwer sein – aber ohne dieses Selbstbild fehlt eine kommunizierbare Essenz.
  - b. **Zentrale Dilemmata realitätsnah zur Diskussion stellen:** Auf viele praktische Dilemmata kann ein Regierungsdokument keine Position beziehen, z.B. warum erhalten Autokratien Waffen aus Deutschland. Dennoch kann die Regierung helfen, diese Dilemmata und die schwierigen Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen – in sicherheitspolitischen Sommercamps, Bürgerräten, Simulationen etc. All diese Maßnahmen sind in Ansätzen bereits vorhanden, doch die Angebote reichen nicht.
  - c. **Ökonomie und Sicherheit:** Nicht das derzeitige, aber das zukünftige Wohlstandsmodell, das Sicherheit nicht vernachlässigt, muss beschrieben und zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Dialog verhandelt werden.
4. **Zwei Institutionalisierungen:** Machtverschiebungen im horizontalen und vertikalen Föderalismus waren nicht zu erreichen: Ressortprinzip, Zuständigkeiten von Bund, Länder, Gemeinde; öffentlich/privat bleiben im Lichte der Herausforderungen

unzureichend geregelt. Damit bleiben wichtige Ambitionen nicht erfüllbar, vor allem nicht die umfassende und integrierte Sicherheit. Schon das Weißbuch 2016 hat sehr zutreffend die wesentlichen Risiken beschrieben, die externer Herkunft sind, aber deren Schadenswirkung sich im Inneren entfalten. Den wachsenden Risiken kann Deutschland nichts Neues entgegenbringen. Zudem häufen sich Extremereignisse, die die Bürgerinnen und Bürger täglich zu spüren bekommen (Klimakrisen (Ahrtal), Corona, Krieg in der Ukraine). Doch für diese womöglich neue Normalität haben die Regierungen bislang nur die Möglichkeit, ad hoc zu reagieren – es fehlt an einer vorausschauenden Politik.

- a. **Zukunft in den Blick nehmen:** Die Bundesregierung könnte sich auf das neue Normal von Krisen mit einer ständigen Kommission „Zukünftige Sicherheit“ den Herausforderungen für gutes und reguliertes Handeln in Extremsituationen nähern. Derzeit laufen Foresightprozesse und Stresstests weitgehend getrennt zwischen Regierungen und Expert:innen aus dem öffentlichen und privaten Raum ab. Sie haben zudem wenig Einfluss auf die Vorbereitung des Staates auf Krisen. Eine stärkere frühzeitige gegenseitige Einbeziehung in diese Aktivitäten würde helfen, das Verständnis nicht nur für das Panoptikum der Risiken, sondern auch der gesicherten, weil rechtlich verankerten Handlungsoptionen zu erweitern und so auch in den öffentlichen Raum zu tragen.
  - b. **Enquetekommission Nationale Sicherheit/Parlamentarischer Sicherheitsrat:** Unabhängig von der Bundesregierung können sich der Bundestag und die Landtage über Sicherheitspolitik informieren. Eine Enquetekommission Nationale Sicherheit würde die Möglichkeit zum Austausch über die Ausschussarbeit hinweg erlauben, ein parlamentarischer Sicherheitsrat könnte diese Arbeit verstetigen. Ziel ist es, die eigenständige Analyse- und Bewertungsfähigkeit der Legislative zu erhöhen.
5. **Ressourcen - Sicherheitspolitische Dekade:** Deutschlands Sicherheitsdefizit ist existentiell, aber mit dem derzeitigen Modell öffentlicher Einnahmen nicht überwindbar. Die Probleme im Verteidigungshaushalt stehen als Sinnbild für strukturelle Unterfinanzierung und Staatsversagen. Um die Sicherheit nachhaltig zu sichern und zu erhöhen, braucht Deutschland ein Investitionsprogramm in die eigene Sicherheit. Eine sicherheitspolitische Dekade könnte ausgerufen werden, in der innerhalb von 10 Jahren ca. 4 Prozent pro Jahr des BIP für Sicherheit ausgegeben werden. Dies muss nicht zum Nachteil des öffentlichen Wohlstandes sein. So fördert z.B. beschleunigte aber sichere Digitalisierung die industrielle und technologische Leistungsfähigkeit und damit den nachhaltigen Wohlstand. Ohne diese Basis wäre Sicherheit nicht zu erhalten.